

**Gemeinderätin Daniela Gamsjäger-Katzensteiner**

Donnerstag, 14. November 2024

### **Antrag zur dringlichen Behandlung** (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Betrifft: Petition – Übergewinnsteuer für Banken**

Die teils massiven Preiserhöhungen der letzten Jahre haben zu vielfachen Belastungen im Leben der Menschen geführt. Nicht zuletzt hat die Krisenbewältigungsstrategie der EZB in Form von Leitzinserhöhungen dazu geführt, dass mit einem Mal auch variable Zinssätze massiv gestiegen sind. In Österreich wurden in der Vergangenheit, verglichen mit anderen Ländern der Eurozone, sehr viele Kredite mit variablem Zinssatz vergeben, was viele Hausbauer vor massive Probleme gestellt hat, die im Zweifelsfall sogar gezwungen waren, ihr potenzielles Eigenheim zu verkaufen, da sie die Kreditraten in Kombination mit anderen verteuerten Gütern des täglichen Bedarfs nicht mehr bedienen konnten. Zinsen auf Sparguthaben wurden allerdings nicht im selben Ausmaß weitergegeben. Diese Faktoren machen sich in deutlich höheren Gewinnen für die österreichischen Kreditinstitute in den Jahren 2023 und 2024 bemerkbar. Im Jahr 2023 erzielten die Banken einen Gewinn von in Summe 14,1 Milliarden Euro. Das entspricht einem Anstieg von 38 Prozent im Vergleich zum Jahr davor. Kürzlich titelte Der Standard: [Nirgendwo im Euroraum verdienen Banken so gut wie in Österreich](#). Dies lässt sich einerseits darauf zurückführen, dass die in den vergangenen Jahren erhöhten Leitzinsen nur sehr zögerlich an die Sparer:innen weitergegeben wurden, andererseits damit, dass die Rate der variabel verzinsten Kredite in Österreich um einiges höher liegt, als in anderen Staaten des Euroraumes. Während die Inflation und deren Bekämpfungsversuche durch die EZB in erster Linie auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung erfolgt ist, konnten einige, wenige durch die Krisen der letzten Jahre massiv profitieren.

Dazu kommt, dass das Budgetdefizit des österreichischen Staatshaushaltes die Maastrichtkriterien der EU verletzt wird und höher als die erlaubten 3 Prozent betragen wird. Rufe nach Sparpaketen werden immer lauter. Auch wenn sich alle Parteien jetzt noch vage halten, wie das Budget saniert werden soll, neue Steuern aber für die meisten Parteien ein Tabu sind, ist davon auszugehen, dass ein Kahlschlag vor allem im Bereich Soziales erfolgen wird und die Budgetsanierung auf dem Rücken jener erfolgen wird, die ob der Preiserhöhungen der letzten Jahre ohnehin schon mit dem Rücken zur Wand stehen.

Stattdessen gäbe es aber auch die Möglichkeit, diejenigen zur Kasse zu bitten, die trotz oder gerade wegen der Krisen in der Vergangenheit ihre Gewinne über das übliche Maß hinaus steigern konnten. Schließlich liegt es in unser aller Interesse – auch hier in der Stadt Graz – dass wir wieder mehr finanzielle Mittel für wichtige Ausgaben im Bereich Kinderbetreuung, Bildung, Sport, Kultur oder Verkehr haben und nicht noch weniger, als uns jetzt zur Verfügung stehen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Die Bundesregierung wird auf dem Petitionswege aufgefordert, die Übergewinne der österreichischen Banken mit einer Sondersteuer zu belegen.**